

**Kreis Steinfurt
Ordnungsamt
Untere Jagdbehörde
48563 Steinfurt**

Jagdschein-Nr.: _____

Steinfurt, den _____

Ich bitte um Erteilung bzw. Verlängerung

- des 1jährigen Jagdscheins für das Jagdjahr _____ (Gebühr: 80,00 €)
- des 2jährigen Jagdscheins für die Jagdjahre _____ (Gebühr: 140,00 €)
- des 3jährigen Jagdscheins für die Jagdjahre _____ (Gebühr: 200,00 €)
- des Tagesjagdscheins für die Zeit vom _____ bis _____ (Gebühr: 27,00 €)
- des _____

Name: _____ Vorname: _____

Beruf: _____ geb. am: _____ in: _____

Wohnort: _____ Straße: _____

Staatsangehörigkeit: _____ Telefonnummer: _____

Ich bin in den letzten 5 Jahren - **nicht** -

- wegen eines Verbrechens
- wegen einer vorsätzlichen Straftat
- wegen eines vorsätzlichen Vergehens bzw. einer fahrlässigen Straftat im Zusammenhang mit dem Umgang mit Waffen, Munition oder Sprengstoff oder
- wegen einer Straftat gegen jagdrechtliche, tierschutzrechtliche oder naturschutzrechtliche Vorschriften, das Waffengesetz, das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, das Sprengstoffgesetz zu einer Freiheitsstrafe oder Geldstrafe rechtskräftig verurteilt oder mit einem Bußgeld belegt worden

Zur Zeit ist gegen mich kein Strafverfahren anhängig
 folgendes Strafverfahren anhängig:

Es liegen auch keine Krankheiten oder Gebrechen vor, die meine körperliche Eignung für die Jagdausübung beeinträchtigen

Im Übrigen habe ich von den auf der Rückseite abgedruckten Jagdscheinversagungsgründen des § 17 BJJ, insbesondere des Abs. 4 Nr. 4, Kenntnis genommen.

.....
 (eigenhändige Unterschrift des Antragstellers)

Ich bin in folgenden Jagdbezirken zur Jagd befugt:

Name des Jagdbezirks	Art der Jagdausübung (Eigentum, Pacht, Mitpacht oder entgeltliche Jagderlaubnis)	Größe der Gesamtfläche in ha	Größe der anteiligen Fläche in ha	Anrechnungszeitraum (Pachtdauer von bis)

§ 17 BJG Versagung des Jagdscheines

(1) Der Jagdschein **ist zu versagen**

1. Personen, die noch nicht sechzehn Jahre alt sind;
2. Personen, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie die erforderliche Zuverlässigkeit oder körperliche Eignung nicht besitzen;
3. Personen, denen der Jagdschein entzogen ist, während der Dauer der Entziehung oder einer Sperre (§§ 18, 41 Abs. 2);
4. Personen, die keine ausreichende Jagdhaftpflichtversicherung (500.000 € für Personenschäden und 50.000 € für Sachschäden) nachweisen; die Versicherung kann nur bei einem im Geltungsbereich dieses Gesetzes zum Betrieb der Jagdhaftpflichtversicherung befugten Versicherungsunternehmen genommen werden; die Länder können den Abschluss einer Gemeinschaftsversicherung ohne Beteiligungszwang zulassen.

Fehlen die Zuverlässigkeit oder die persönliche Eignung im Sinne der §§ 5 und 6 des Waffengesetzes, darf nur ein Jagdschein nach § 15 Abs. 7 erteilt werden.

(2) Der Jagdschein **kann versagt werden**

1. Personen, die noch nicht achtzehn Jahre alt sind;
2. Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind;
3. Personen, die nicht mindestens drei Jahre ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt ununterbrochen im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben;
4. Personen, die gegen die Grundsätze des § 1 Abs. 3 schwer oder wiederholt verstoßen haben.

(3) Die **erforderliche Zuverlässigkeit** besitzen Personen **nicht**, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie

1. Waffen oder Munition missbräuchlich oder leichtfertig verwenden werden;
2. mit Waffen oder Munition nicht vorsichtig und sachgemäß umgehen und diese Gegenstände nicht sorgfältig verwahren werden;
3. Waffen oder Munition an Personen überlassen werden, die zur Ausübung der tatsächlichen Gewalt über diese Gegenstände nicht berechtigt sind.

(4) Die **erforderliche Zuverlässigkeit** besitzen **in der Regel** Personen **nicht**, die

1. a) wegen eines Verbrechens
b) wegen eines vorsätzlichen Vergehens, das eine der Annahmen im Sinne des Absatzes 3 Nr. 1 bis 3 rechtfertigt,
c) wegen einer fahrlässigen Straftat im Zusammenhang mit dem Umgang mit Waffen, Munition oder Sprengstoff,
d) wegen einer Straftat gegen jagdrechtliche, tierschutzrechtliche oder naturschutzrechtliche Vorschriften, das Waffengesetz, das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen oder das Sprengstoffgesetz zu einer Freiheitsstrafe, Jugendstrafe, Geldstrafe von mindestens 60 Tagessätzen oder mindestens zweimal zu einer geringeren Geldstrafe rechtskräftig verurteilt worden sind, wenn seit dem Eintritt der Rechtskraft der letzten Verurteilung fünf Jahre nicht verstrichen sind; in die Frist wird die Zeit eingerechnet, die seit der Vollziehbarkeit des Widerrufs oder der Rücknahme eines Jagdscheins oder eines Waffenbesitzverbotes nach § 41 des Waffengesetzes wegen der Tat, die der letzten Verurteilung zugrunde liegt, verstrichen ist; in die Frist nicht eingerechnet wird die Zeit, in welcher der Beteiligte auf behördliche oder richterliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist.
2. wiederholt oder gröblich gegen eine in Nummer 1 Buchstabe d) genannte Vorschrift verstoßen haben;
3. geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind;
4. trunksüchtig, rauschmittelsüchtig, geisteskrank oder geistesschwach sind.

(5) Ist ein Verfahren nach Abs. 4 Nr. 1 noch nicht abgeschlossen, so kann die zuständige Behörde die Entscheidung über den Antrag und Erteilung des Jagdscheines bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens aussetzen. Die Zeit der Aussetzung des Verfahrens ist in die Frist nach Abs. 4 Nr. 1 erster Halbsatz einzurechnen.

(6) Sind Tatsachen bekannt, die Bedenken gegen die Zuverlässigkeit nach Abs. 4 Nr. 4 oder die körperliche Eignung nach Abs. 1 Nr. 2 begründen, so kann die zuständige Behörde dem Beteiligten die Vorlage eines amts- oder fachärztlichen Zeugnisses über die geistige und körperliche Eignung aufgeben.